

Zwischen Zensur und Aufbruch

Presse und Rundfunk in Ostdeutschland 1989/1990

Conrad Mücke



Foto: Walter Heilig © Bundesarchiv

Die Medienlandschaft der DDR unterschied sich grundlegend von der der Bundesrepublik. Sie diente in erster Linie der Wahrung des Machtanspruchs der SED und der Kontrolle der öffentlichen Meinung. Alle Zeitungstitel und Zeitschriften gingen ausnahmslos auf Neugründungen in der Nachkriegszeit zurück. Im Unterschied zur Lizenzierungspraxis der Westmächte war in der SBZ/DDR von Beginn an ein parteigebundenes Zeitungssystem vorgesehen. Vorrang vor allen Tageszeitungen hatte das *Neue Deutschland* (ND), das „Zentralorgan der SED“. Es wurde direkt vom ZK der SED herausgegeben und wirkte als Leitmedium der DDR. Die von den Bezirksleitungen der SED herausgegebenen Zeitungen bildeten das Rückgrat der regionalen Presse. Die sogenannten Blockparteien und Massenorganisationen gaben ebenfalls Tageszeitungen heraus. So wurde eine dem Anschein nach pluralistische Presse suggeriert, obwohl sich die Parteien der DDR dem Führungsanspruch der SED unterzuordnen hatten und somit auch deren Zeitungen die Linie des Staatsratsvorsitzenden unterstützten. Die Lizenzen der sowjetischen Militäradministration in der SBZ hatten auch nach Gründung der DDR Gültigkeit. Dieser Umstand rettete die von den Sowjets lizenzierte konfessionelle Presse, deren fünf evangelische und zwei katholische Wochenblätter immer wieder mit Verbotsdrohungen konfrontiert wurden.

Auch wenn in der DDR-Verfassung die Pressefreiheit formell garantiert wurde, fand in der Praxis eine verdeckte Zensur der Medien statt. Die von der Abteilung Agitation und Propaganda des Zentralkomitees der SED aufgesetzten „Empfehlungen“ wurden im ND und den Bezirkszeitungen der SED einfach nachgedruckt und von dort in der übrigen Tagespresse übernommen. Ebenso „empfohl“ die ZK-Abteilung Agitation, kontroverse Themen nicht zu behandeln. Gleichzeitig wurde das Druckaufkommen von der Stasi auf missliebige Meldungen hin überprüft. Dies schuf ein Klima der Überwachung und begünstigte die Selbstzensur in den Redaktionen und bei den Journalisten.

Eine weitere Methode der Pressezensur war die Kontrolle des Vertriebs von Presseerzeugnissen. Ein der Bundesrepublik vergleichbares System des neutralen und unabhängigen Presse-Grosso war in der DDR unbekannt. Hier wurde über den Postzeitungsvertrieb (PZV) der Deutschen Post ein staatliches Monopol aufgebaut. Unabhängig vom PZV konnte keine Zeitschrift, keine Tageszeitung in den Handel gebracht werden. Die Zeitungskioske und sonstigen Verkaufsstellen gehörten allesamt zum PZV. Auch Abonnements wurden vollständig durch den PZV bedient. Die Streichung eines Titels von der Postzeitungsliste des PZV kam daher einer Zensurmaßnahme gleich, ohne dass dies von offizieller Stelle so benannt werden musste.

Der Fall Sputnik

Das prominenteste Beispiel eines solchen Vorgangs war die Streichung des sowjetischen Magazins *Sputnik* im Jahr 1988. Die Oktoberausgabe wurde auf persönliches Betreiben des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker hin aus dem Vertrieb genommen. Ein bis dahin einmaliger Vorgang – handelte es sich doch um ein Digest der sowjetischen Presse. *Sputnik* war ein Hochglanzprodukt, in Format und Aufmachung vergleichbar dem bis heute erscheinenden *Reader's Digest*. Das Magazin wurde außer in Deutsch auch in anderen Sprachen publiziert und hatte eine breite, der DDR-Regierung gegenüber keineswegs oppositionell eingestellte Leserschaft. Mit der Reformpolitik Michail Gorbatschows kamen in der sowjetischen Presse offene Diskurse in Gang, die auch ihren Nachhall in den Presseauszügen des *Sputnik* fanden. So war es ein Artikel über den Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der das Verbot provozierte: In der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR wurde dieses für Osteuropa so verhängnisvolle Abkommen verleugnet. Die Figur Stalins war auch in den späten 1980er-Jahren unkritisch mit dem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland verknüpft. Die beginnende Aufarbeitung des Stalinismus in der Sowjetunion, der ab 1945 auch in der Ostzone Tausende Opfer gefordert hatte, war der SED-Führung suspekt. Zu sehr waren ihre Kader in die Willkürjustiz der 1940er- und 1950er-Jahre Jahre verstrickt. Das *Sputnik*-Verbot rief insbesondere bei weniger regierungskritisch eingestellten Bürgern der DDR, vor allem in der als „Intelligenz“ bezeichneten Schicht der besser gebildeten Funktionsträger in Bildung und Verwaltung, Widerspruch hervor und nährte deren Zweifel an der Zukunfts-



Die Zeitschrift *Sputnik*, ein Digest der sowjetischen Presse, erschien ab 1967 in mehreren Sprachen, auch auf Deutsch. Mit der Reformpolitik Michail Gorbatschows fanden sich auch kritische Beiträge im Heft, was zum viel beachteten und von Protesten begleiteten Verbot der Auslieferung eines Heftes im Herbst 1988 führte

Linke Seite:
In der überfüllten Berliner U-Bahn treffen wenige Jahre nach dem Krieg die Leser des *Tagesspiegels* und die des *Neuen Deutschland* aufeinander: *Neues Deutschland*, das Zentralorgan der SED, erschien erstmals am 23. April 1946, im Anschluss an deren Gründungsparteitag

fähigkeit ihres Landes. In zahlreichen Leserbriefen an die SED-Presse taten sie ihren Unmut kund. Kritischen und vor allem jüngeren Mitgliedern der SED galten die Vorgänge um das *Sputnik*-Verbot als Offenbarungseid der greisen Staats- und Parteiführung. Denn diese Generation hatte Hoffnung in die Reformpolitik Michail Gorbatschows gesetzt. Hatte es doch in den vergangenen vier Jahrzehnten geheißt: „Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen.“

Die in der DDR verbotenen Ausgaben des Magazins *Sputnik* sind bis heute von historisch hohem Wert und nur in wenigen Sammlungen anzutreffen. In der Bundesrepublik konnte die Zeitschrift zwar weiter erscheinen, fand aber erst ab dem Umschwung im Herbst 1989 eine größere Leserschaft.

Propaganda, Zensur und Protest

Fast gleichzeitig mit dem *Sputnik*-Verbot kam es im November 1988, ein Jahr vor dem Mauerfall, zur ersten offenen Demonstration gegen Zensurmaßnahmen in der Presse. Auslöser waren die massiven Eingriffe in die Arbeit der evangelischen Kirchenzeitung *Die Kirche* – die konfessionelle Presse war stark von der Zensur betroffen. In dem eingeschränkten Maße, in dem sich in der DDR die Opposition unter dem Dach der – freilich auch von der Stasi überwachten – Kirche formieren konnte, fanden allmählich auch kritische Artikel und Beiträge Eingang in die Sonntagszeitungen. Auf diesem Weg gelang es den Blättern, neben ihrem pastoralen Auftrag auch den Bedarf ihrer Leserschaft nach kritischer und unabhängiger Berichterstattung zu

decken. Anders als die übrige Presse unterlag die konfessionelle Presse der Vorzensur. Diese wurde vom Presseamt des Ministerrates ausgeübt. Nicht selten mussten sich die Chefredakteure einschüchternden Befragungen unterziehen, wurden Passagen gestrichen und Artikel verboten. Dagegen rührte sich Ende der 1980er-Jahre erstmals Protest: Der Redaktion war es mehrfach gelungen, die Streichungen durch weiße Blöcke in der Zeitschrift kenntlich zu machen.

Doch es blieb nicht nur bei subtilen Formen des Protests: Die Gruppe um Marianne Birthler und Mario Schatta rief über Flugblätter für den 10. Oktober 1988 zur Demonstration vor dem Presseamt des Ministerrates auf. Um die 200 Männer und Frauen hatten den Mut und trafen zu dieser illegalen Demo ein. Als die Stasi den Zug nach einigen Metern stoppte, regte sich lautstarker Protest; die DDR-Korrespondenten von ARD und ZDF filmten die Szene, sodass die Zensur der Kirchenzeitung und die Gängelung der Beteiligten noch am gleichen Abend Aufmacher der *Tagesschau* war und bald auch den Bundestag beschäftigte.

Die Nachrichtenbeiträge zur Demonstration für die Pressefreiheit in der ARD und im ZDF fanden 1988 auch in der DDR ein Millionenpublikum. Bis auf zwei Regionen in Vorpommern und im Osten Sachsens waren zumindest diese beiden überregionalen Fernsehprogramme sowie ein Gutteil der westdeutschen UKW-Radiosendungen terrestrisch zu empfangen. Die Sendestruktur des DDR-Rundfunks wies große Unterschiede zum System des öffentlichen Sendebetriebs der Bundesrepublik auf. So wurden die Sender nicht von Intendanten geleitet, sondern unterstanden dem staatlichen Rundfunkkomitee des Ministerrats der DDR, dessen Ziel es war, direkten Einfluss auf die Sendeinhalte zu nehmen. Doch damit nicht genug, auch die gesamte Technik für die Produktion und Übertragung der Sendeinhalte wurden den Sendern aus der Hand genommen und der Deutschen Post angegliedert. Das führte zu der kuriosen Situation, dass in den Aufnahmestudios die Kompetenz der Redakteure dort aufhörte, wo die technische Übertragung begann, das heißt in den meisten Fällen hinter der Kamera und am Mischpult. Zugleich öffnete diese personelle Doppelstruktur der Unterwanderung durch die inoffiziellen Mitarbeiter der Stasi Tür und Tor.

Im Laufe der 1960er-Jahre waren 69,1 Prozent der Haushalte mit Fernsehgeräten ausgestattet. Nun wurde auch dieses Medium voll in die Medienherrschaft der SED einbezogen. Die Fernsehnachrichten der *Aktuellen Kamera* lieferten ideologisch verbrämte Meldungen, und mit massivem Aufwand wurde der Konsum der Westsender bekämpft. Angehörige der Freien Deut-



Kirchenzeitungen, die der Vorzensur durch das Presseamt des Ministerrats unterlagen, gelang es nach und nach ebenfalls, kritische Beiträge durchzusetzen. Durch weiße Blöcke machte die Redaktion ihre Leser auf Streichungen aufmerksam



Nachdem im Lauf der 1960er-Jahre der Großteil der Bevölkerung einen Fernseher hatte, wurde dieses Medium ebenfalls zu Zwecken der Staatspropaganda eingesetzt; hier das Logo der Nachrichtensendung *Aktuelle Kamera*, um 1985

wurden, begab sich ein ganzes Volk auf eine virtuelle Reise in den Westen, zu *Sportschau*, *Tatort* oder *Wetten, dass...?*

Noch bevor Deutschland wiedervereintigt war, hatte die TV-Prominenz der Bundesrepublik auch im Osten treue Fans. Dass zudem Sendungen wie *Kennzeichen D* vom Vokabular des Kalten Kriegs weg zur kritischen Berichterstattung über Umweltprobleme, Rechtsradikalismus oder Zensur in der DDR übergegangen waren, trug dazu bei, dass es der SED nicht gelang, die öffentliche Meinung unter ihre Kontrolle zu bringen.

Auch gegen technische Störversuche wussten sich die Ostdeutschen einfallreich zu helfen: TV-Antennen wurden weiterhin nach Westen gerichtet – aber unter dem Dach Blicken entzogen. Nach wie vor stehen auf zahlreichen Dachböden in Ostdeutschland nicht mehr betriebsfähige Antennenanlagen, die von ihren Nutzern dort „vergessen“ wurden. Der Störung des Empfangs begegneten die DDR-Bürger mit dem ihnen eigenen Erfindergeist: Aus Milchtöpfen und Kupferspulen wurden in Heimarbeit zylinderförmige Entstörungsgeräte konstruiert und an den Antennen angebracht. Auf dem Tauschmarkt waren diese auch unter dem martialischen Namen „Russentod“ bekannten Geräte sehr beliebt.

Mit den 1970er-Jahren war der Empfang westdeutscher Sender zwar immer noch verpönt, wurde aber im privaten Rahmen toleriert, sofern man nicht Angehöriger sogenannter „Bewaffneter Organe der DDR“ (Armee, Grenztruppen, Ministerium für Staatssicherheit u. a.) war. Daher kann dem Westfernsehen durchaus auch eine systemstützende Wirkung zugeschrieben werden. Das Fernsehen der DDR konnte den West-Programmen nur eines entgegenzusetzen: Unterhaltung. Die Studios der Programme DDR 1 und DDR 2 in Berlin-Adlershof produzierten aufwendige Unterhaltungsshows, *Ein Kessel Buntes* avancierte zum Aushängeschild des DDR-Fernsehens. Es wurden dafür keine Kosten und Mühen gescheut: Die Produktionstechnik war ausnahmslos aus dem Westen beschafft, und internationale Stars wie ABBA, Shirley Bassey und Boney M., aber auch westdeutsche Schlagergrößen wie Katja Ebstein und Udo Jürgens suggerierten Klasse und Weltläufigkeit. Daneben produzierte das DDR-Fernsehen beliebte Ratgebersendungen und schuf mit *Unser Sandmännchen* eine Kinderfernsehsendung, die seit der Wiedervereinigung im Auftrag der ARD produziert wird und bis heute kleine und größere Zuschauer begeistert.

Dem wachsenden Unmut unter den Jugendlichen versuchte die SED-Führung durch zwei medienpolitische Maßnahmen beizukommen: 1986 wurde aus dem

schen Jugend (FDJ) zogen durch die Ortschaften und rissen nach Westen gerichtete Fernsehantennen von den Hausdächern, Störsender wurden installiert; im TV-Magazin *Der schwarze Kanal* zog der Kommentator Karl-Eduard von Schnitzler die Bundesrepublik mithilfe von montierten TV-Bildern in den Schmutz und diffamierte die Politiker der Bundesrepublik als „Kriegstreiber“ oder als „Bonner Ultras und Faschisten“.

Doch all diese Bemühungen liefen ins Leere, denn die Mehrheit der Fernsehzuschauer in der DDR nutzte das Programm der ARD, des ZDF und der Dritten Programme zur Information und Unterhaltung.

Abends, wenn die Fernseher eingeschaltet



Beliebte Sendungen, die in der DDR produziert wurden, waren Unterhaltungsshows und Ratgebersendungen, aber auch *Unser Sandmännchen* – eine Kinderfernsehsendung, die seit der Wiedervereinigung im Auftrag der ARD produziert wird

Mitarbeiterinnen der Deutschen Post DDR, Studiotechnik Fernsehen, während einer Probe am Bildmischpult für die Jugendsendung des Fernsehens der DDR *Elf 99*, 1989



In der einzigen Fernsehzeitung der DDR, *FF dabei*, erschien erstmals Anfang 1990 auch das Programm der bundesdeutschen Sender in voller Länge

Jugendprogramm *DT64* ein eigener Sender mit zwanzigstündigem Sendebetrieb. Der Sender fand rasch ein breites Publikum in der ganzen DDR. Etliche Journalisten der heutigen Radiostationen des RBB und des MDR begannen hier ihre Karriere. Der Sender *DT64* spielte westliche Musik und widmete sich neuen Trends.

Noch einen Schritt weiter ging das Fernsehen der DDR mit dem Start des Jugendformats *Elf 99* am 1. September 1989. Erstmals wurden Teenager mit all ihren Befindlichkeiten ernst genommen. Die junge Anja Kling sammelte als Moderatorin des Mädchenmagazins *Paula* erste Erfahrungen vor der Kamera.

Und dennoch: die vorsichtige Öffnung der Medienpolitik konnte die Abwendung einer ganzen Generation nicht aufhalten. Gerade die 18- bis 35-Jährigen waren bald auf den Straßen oder auf der Flucht. Spätestens mit dem 4. November 1989 war die friedliche Revolution auch in den DDR-Medien angekommen. Das DDR-Fernsehen übertrug an diesem Tag live von der ersten legalen Protestdemonstration gegen das SED-Regime, an der weit mehr als ein halbe Million Menschen teilnahmen. Auch entfaltete sich in den Blättern der DDR-Tagespresse eine bis dahin nicht bekannte Offenheit und Diskussionskultur. Nur fünf Tage später war auch dies obsolet: Mit dem Fall der Mauer beschleunigte sich die Erosion der Medienmacht der SED. Ab dem 30. November war das Presseamt des Ministerrats seiner presselenkenden Befugnisse enthoben, und ab dem 21. Dezember wurden die staatlichen Komitees für Rundfunk und Fernsehen aufgelöst und unabhängige Intendanten berufen.

Dies konnte den Umstand nicht überdecken, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Betreiben von Rundfunksendern und die Herausgabe von Zeitschriften und Zeitungen bis zum Ende der DDR ungeklärt blieben. Die großen Verlagshäuser der Bundesrepublik begannen, eigene Titel für die DDR vorzubereiten – besonders reißerisch und an der Grenze zur journalistischen Redlichkeit produzierte Boulevardprodukte wie die *Super Zeitung* verschwanden allerdings bald wieder vom Markt. Vor Ort gründeten Bürgerrechtler und engagierte Bürger zahlreiche Tageszeitungen und Wochenblätter, die sich jedoch mit wenigen Ausnahmen, zu denen beispielsweise der *Oranienburger Generalanzeiger* zählte, nicht etablieren konnten. Die von der Treuhandanstalt privatisierten SED-Bezirksblätter gingen mehrheitlich an die großen Verlagshäuser der Bundesrepublik. Ihre Verbreitungsgebiete decken sich bis heute mit den längst überkommenen Bezirksgrenzen der DDR. In diesen Regionen haben die Blätter eine mit dem Westen der Bundesrepublik nicht vergleichbare Monopolstellung inne.



Werbung für die *Superillu* in Wolgast, August 2013

Fernsehen nach der Wende

Beim Fernsehen verlief der Übergang der staatlich gelenkten Institutionen zu den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zügig. Ab Februar 1990 nahm der aus Vertretern öffentlicher Gruppen zusammengesetzte Medienkontrollrat seine Arbeit auf. Das Fernsehen der DDR wurde (wieder) in „Deutscher Fernsehfunke“ umbenannt und erhielt den Status einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt der noch bestehenden DDR. Mit der Deutschen Einheit erlosch die Eigenständigkeit dieses zentralen Fernsehprogramms. Bis zum Ende des Jahres 1991 musste die Senderkette in die in Gründung befindlichen Rundfunkanstalten der neuen Bundesländer überführt werden. In der Nachfolge entstanden der MDR (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) und der ORB Brandenburg (später mit dem SFB zum RBB fusioniert). Mecklenburg-Vorpommern schloss sich dem NDR an. Die Mehrzahl der Ostdeutschen nutzte zudem rasch die neuen Privatsender. Im Bereich des Satelliten-Empfangs setzte ein Boom ein, der die bundesdeutschen Absatzzahlen kurzzeitig in den Schatten stellte. Das volle Programm von RTL und Co. findet im Osten der Republik prozentual immer noch stärkeren Zuspruch als die etablierten öffentlich-rechtlichen Programme. Dies ist einerseits ein spätes Erbe der Skepsis gegenüber vermeintlich staatlichem Fernsehen, als welches ARD und ZDF zum Teil noch angesehen werden. Zum anderen waren den ehemaligen DDR-Bürgern die einst in der alten Bundesrepublik heftig geführten Debatten zum Kulturbruch durch die „Privaten“ unbekannt. Die neuen Dritten Programme jedoch, allen voran der MDR, vermochten es, eine neue ostdeutsche Identität zu stärken und an die großen Unterhaltungserfolge der Fernsehprogramme der DDR anzuknüpfen.

Literatur

Jürgen Wilke (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999

Stefan Wolle: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998

Conrad Mücke

stammt aus Dresden, hat in Berlin und Paris studiert und ist Historiker und klassischer Archäologe. Auf Tätigkeiten für das Deutsche Historische Museum und die Topographie des Terrors folgte ab 2011 ein wissenschaftliches Volontariat am Museum für Kommunikation; dort ist er seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter für die Wechselausstellungen „In 80 Dingen um die Welt“ und „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“. Kommunikations- und Logistiknetze der Einheit“



Zum Verkaufsschlager wurde bald die *Superillu*, eine Wochenzeitung aus dem Westen für den Osten. Die erste Ausgabe des Blattes aus dem Burda-Verlag erschien am 23. August 1990 in der DDR und wird bis heute vor allem in Ostdeutschland gelesen